

# Die verschleierte Stagnation oder die Antiquiertheit des Wachstumsglaubens in reichen Volkswirtschaften

Karl Georg Zinn

*»Betrachtet man, was da ist, ohne daß man etwas dazu tut, hat der Pessimismus recht; denn sobald man die Dinge sich selbst überläßt, wendet sich alles zum Schlimmen ...« (Alain 1970/1928,169)*

Es geht im Folgenden zwar um langfristige Entwicklungen, denn Stagnation ist keine Eintagsfliege, aber zur Einstimmung mögen einige einleitende Bemerkungen zur gegenwärtigen ökonomischen Lage und ihre länderspezifisch teils unterschiedlichen Wirkungen auf die kollektive Psyche(n) dienen. Kehrt doch auch im Heute das Vergangene wieder und kanalisiert Künftiges.

## Verstimmte Stimmung

An der Langlebigkeit eines Aufschwungs zu zweifeln, war während der New Economy-Euphorie der 1990er Jahre verpönt. Auch Warnungen vor den sich zuspitzenden Problemen vor dem 15. September 2008 galten als abwegige Miesepeterei. Noch im August 2008 tönte der Präsident der Deutschen Bundesbank, Herr Weber (HB/doh 2008), es gäbe keinen Anlass für Konjunkturprogramme. Wenige Wochen später brach Panik aus, und die Staaten mobilisierten Hunderte von Milliarden Euro bzw. Dollar, um der großen Krise zu begegnen. Die Ausgabenprogramme – etwas voreilig als Rückkehr zum Keynesianismus begrüßt – bremsten die globale Talfahrt der Wirtschaft und brachten im vergangenen Jahr (2010) positive Wachstumsraten. Deutschland konnte wie in früheren Fällen, sein binnenwirtschaftliches Nachfragedefizit zum Teil wieder durch Exportüberschüsse kompensieren, weil andere Länder – insbesondere die VR China und die USA – auf die Krise mit weit höheren staatlichen Ausgabenprogrammen als Europa reagiert hatten. Der bundesdeutschen Öffentlichkeit wird der neuerliche Exportboom bereits als Ende der Krise schmackhaft gemacht. Die Hofökonomien unter den Wirtschaftswissenschaftlern liebedienern denn auch wie gehabt mit hoffnungsfreudigen Wachstumsvorhersagen. Bedenkenträger sind wie eh und je schlecht gelitten. Tatsache bleibt jedoch, dass der Absturz nur durch die staatlichen Hilfsprogrammen von Hunderten von Milliarden Euro und Dollar unterbrochen wurde, dass die auflaufende Staatsverschuldung noch unabsehbare Langfristfolgen haben wird, dass die US-Wirtschaft nach wie vor auf Pump lebt und die amerikanische Außenverschuldung weiter ansteigt. Nicht nur von US-Ökonomen sind denn auch skeptische Töne zu vernehmen, sondern mehrheitlich (2010 waren es 76%) äußert sich die amerikanische Bevölkerung pessimistisch zu den Wirtschaftsaussichten und glaubt nicht (mehr) an einen Erfolg von Obamas Wirtschaftspolitik (Blendon/Benson 2010). Weder sei die Krise überstanden, noch ließen die positiven

Wachstumsraten auf den Beginn eines selbst tragendes Aufschwungs schließen. Ohne staatliche Ausgabenprogramme werde die Rezession rasch zurück kehren (Reich 2010; DeLong 2010). Nach wie vor suchen die Geldvermögensbesitzer Staatstitel der als solide geltenden Länder, was diesen historisch niedrige Zinsen beschert. Das ist sicherlich kein Zeichen für generelles Misstrauen gegenüber der Staatsverschuldung, wohl aber zeugt diese Vorliebe für die als relativ sicher geltenden Staatstitel von erheblicher Zurückhaltung gegenüber der Privatwirtschaft. Dort blieb denn die Investitionstätigkeit auch recht schwach. Der Spitzenmann des Internationalen Währungsfonds, Dominique Strauss-Kahn, konstatierte im vergangenen Herbst lapidar: »Zu früh, um von einem Wunder zu sprechen« und präziserte das dahingehend: »Die erste Krise war eine Finanzkrise im Bankensektor, dann kam die Wachstumskrise und jetzt erleben wir eine Arbeitslosenkrise« (Strauss-Kahn 2010). Doch selbst das zum globalen Hoffnungsträger – und zwar völlig zur Recht – aufgestiegene China könnte bald erleben, was es heißt, Wachstum durch zu viele Fehlinvestitionen zu erzeugen. Die Blase platzt. Um auch hierzu eine eher unorthodoxe Autorität der Wirtschaftstheorie zu zitierten, den Träger des Nobel-Gedächtnispreises für Wirtschaftswissenschaften von 1994, Reinhard Selten: Auf die Frage in einem Interview von Anfang Oktober 2010, wo sehen Sie die nächste Krise, kam die lapidare Antwort: »Der chinesische Immobilienmarkt dürfte 2011 zusammenbrechen« (Selten 2010). Doch bei allem Respekt, Reinhard Selten hätte auch die Pleitewelle von US-Kommunen erwähnen müssen, die zu einem Zusammenbruch des Marktes für US-Kommunalobligationen führen könnte, was in seinen globalen Auswirkungen die Lehman-Pleite in den Schatten stellen dürfte (Zacharakis 2010). Die gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Europäischen Zentralbank für den Euro-Raum vom Herbst 2010 lassen denn auch nicht erkennen, dass die europäische Wirtschaft die Krise überwunden, gar an das Wachstum ex ante Anschluss gefunden hätte. Die Daten der Tabelle 1 bezeugen, dass und wie stark die Veränderung der Staatsausgaben auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung wirkt(e). Die privaten Investitionen, die herkömmlich als Kernphänomen der gesamtwirtschaftlichen Bewegung angesehen werden, bleiben auch 2011 recht bescheiden. Von Ende der Wachstumsschwäche, gar Ende der Massenarbeitslosigkeit keine Spur. Der Einbruch des weltweiten Exportvolumens betrug 2009 zwölf Prozent. Diese De-Globalisierung wird nicht in kurzer Frist revidiert werden, und deshalb wird sich auch die *beggar-my-neighbour-policy* der Exportüberschussländer nicht als Dauerbrenner erweisen. Nicht nur die große Krise schwelt weiter, sondern die langfristige *Stagnation* hält an, und wenn dem staatlichen Heizer die Kohle ausgeht, wird es wieder recht frostig – vor allem auf den Arbeitsmärkten. Aufgeschoben ist also nicht aufgehoben.

Die Krise ist weder einem Unfall geschuldet noch das Resultat der »verantwortungslosen Gier« einiger Spekulanten, sondern das Ergebnis des seit Ende der 1970er Jahre von konservativer Politik durchgesetzten Markttextremismus, der sich das verheißungsvoll gemeinte Etikett »Neo-Liberalismus« aufklebte (Zinn 2010a). Der fundamentale Wechsel von dem keynesianisch inspirierten Aufstieg des Wohlfahrtsstaates zum reaktionären Regime der neuen Finanzoligarchie ist zwar Menschenwerk, aber die politische Wende rückwärts bedurfte der historischen Gelegenheit. Sie kam mit dem weltweiten Wachstumseinbruch der 1970er Jahre, dem als Stagflation bezeichneten Zusammentreffen von (Wachstums-)Stagnation und Inflation. Kurz gesagt: Ohne das damalige Auslaufen des hohen realwirtschaftlichen Wachstums

**Tabelle 1: Gesamtwirtschaftliche Projektionen für das Euro-Währungsgebiet**  
(Veränderungen gegen Vorjahr%)

	2009	2010	2011		2012	
	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)	
Reales BIP	- 4.1	1.6-1.7	1.4-1.8	0.7-2.1	0.5-2.3	0.6-2.8
Privatkonsum	-1.1	0.6-0.8	0.0-0.4	0.4-1.4	-0.1-1.5	0.5-2.3
Staatskonsum	2.4	0.5-1.3	0.3-1.3	-0.8-0.6	-0.1-1.1	-0.4-1.0
Bruttoanlageinvest.	-11.3	-1.4 bis -0.6	-2.3 bis -0.7	-0.5-3.1	-1.6-3.0	0.1-5.3
Exporte	-13.1	9.9-11.7	7.4-10.0	3.7-8.7	2.9-9.3	2.5-8.7
Importe	-11.8	8.2-9.8	5.8-8.2	2.6-7.6	1.6-7.8	2.3-8.1

(1) = Prognose vom September 2010  
(2) = Prognose vom Dezember 2010

Quelle: Europäische Zentralbank, Monatsbericht, September 2010, 85, Tab. A. und Dezember 2010, S. 93.

wäre es wahrscheinlich auch nicht zur wirtschaftspolitischen Wende gekommen. Die 1970er Jahre markieren den Übergang zur langfristigen Stagnation. Seitdem hat die Erfolgsformel, »Vollbeschäftigung durch Wachstum«, ausgedient. Doch bis heute bleibt der Glaube, der sich bekanntlich vom Wissen unterscheidet, sakrosankt, dass Wachstum notwendig und auch erreichbar, dass das Beschäftigungsproblem und der Rattenschwanz seiner Folgeprobleme nur mittels Wachstum zu lösen seien.

### Wachstumspessimisten und Stagnationsoptimisten

Über Stagnation zu reden, verlangt eine kurze Definition, um was es geht. Denn Stagnation ist zumindest im Umgangssprachlichen kein sehr präzise gefasster Begriff, außer dass es um ein irgendwie »unzureichendes« Wachstum geht. Hier sei unter Stagnation ein im längerfristigen Trend hinter dem Wachstum der Arbeitsproduktivität zurückbleibendes Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) verstanden. Bei unveränderten Arbeitszeiten ergibt sich damit eine (zunehmende) Beschäftigungslücke bzw. die Arbeitslosigkeit steigt.

Stagnation als Faktum anzuerkennen, impliziert noch nicht, sie als wünschenswert zu beurteilen. Wachstumsskepsis bedeutet erst einmal nur, Zweifel gegenüber der Möglichkeit anzumelden, dass sich nochmals Vollbeschäftigungswachstum erreichen ließe, und der überholten Vorstellung zu widersprechen, endloses Wachstum wäre möglich und machbar. Wachstumsskeptiker sind zwar in der Regel auch Wachstumskritiker, aber zwischen Skepsis und Kritik besteht doch ein Unterschied. Die Wachstumskritik verweist auf die Zunahme wachstumsbedingter Schäden für die lebende und die künftigen Generationen. Die Wohlstandsverluste durch Wachstum tendierten mehr und mehr dazu, die Wohlstandsgewinne aufzuzehren, ja per saldo Verluste zu hinterlassen – jedenfalls treffe das für die breite Bevölkerung zu. Wachstum würde also zu einem gesellschaftlichen Wohlstandsvernichter. Aus der (ökonomischen) Glücksforschung ist seit längerem bekannt, dass die Zufriedenheit einer

Gesellschaft durch steigendes Einkommen nur beim Aufstieg aus der Armut auf ein gewisses materielles Wohlstandsniveau deutlich ansteigt, bei weiterem Einkommenswachstum wird der Gesellschaft hingegen kein merklicher Zufriedenheitszuwachs mehr zuteil (Überblick bei Layard 2008; Frey/Frey-Marti 2010; Schaaff 2010). Zwei Fakten stechen in der ökonomischen Glücksdiskussion besonders hervor: Erstens ist Arbeitslosigkeit einer der stärksten, wenn nicht überhaupt der stärkste Verlustposten in der gesellschaftlichen Wohlstandsbilanz: »Arbeitslosigkeit bringt beträchtliche psychische Kosten mit sich und reduziert das Wohlbefinden der Arbeitslosen stärker als jede andere Ursache, einschließlich Scheidung und Trennung. Auch diejenigen, die Arbeit haben, werden durch die allgemeine Arbeitslosigkeit negativ betroffen« (Frey/Frey-Marti 2010, 145). Zweitens steigt der gesellschaftliche Wohlstand durch gleichmäßigere Verteilung, und wachsende Verteilungsungleichheit vermindert ihn (Wilkinson/Pickett 2009). Den Fachleuten ist seit Jahren geläufig, dass innerhalb einer Gesellschaft die Lebenserwartung eng mit der Einkommenshöhe korreliert ist; Arme sterben früher als Reiche (hierzu ausführlich: Kawachi u. a. 1990). Diese skandalöse Tatsache wird der breiten Öffentlichkeit gegenüber jedoch nicht angemessen kommuniziert. In jüngerer Vergangenheit profitierten in einigen Ländern – so etwa während des deutschen Konjunkturaufschwungs 2004–2007 – nur die oberen Einkommenschichten, insbesondere Empfänger von Vermögenseinkommen, vom Wachstum; die Arbeitnehmer erfuhren sogar reale Einkommensverluste. Das war offenkundig eine Wohlstandsminderung trotz/infolge des Wachstums. Stagnation plus gleichmäßigere Einkommensverteilung hätte hingegen einen Wohlstandsgewinn gebracht. Ungleichheit impliziert aufwendigen Demonstrationskonsum der Reichen, und infolge von Statusangst und Nachahmungswünschen entfalten sich Unzufriedenheitspotentiale, die in der einschlägigen Literatur als »Affluenza-Virus«, »Luxusfieber«, »Einkommenssucht« und dergleichen bezeichnet werden (Wilkinson/Pickett 2009, 88f.). Neben Anderen hatten Thorstein Veblen (1857–1929) und John Maynard Keynes (1883–1946) schon vor Jahrzehnten auf diese Phänomene hingewiesen und die Vergeblichkeit, auf diesem Weg ein glücklicheres Leben zu erreichen, angeprangert (Veblen 1981/1899; Keynes 1972/1930).

### **Die Zeitbombe wachsende Ungleichheit**

Das Verteilungsproblem und damit die Frage nach der »Berechtigung« von ökonomischer Ungleichheit und ihres Ausmaßes werden bei sinkenden Wachstumsraten und der für die Zukunft nicht unwahrscheinlichen Dauerstagnation national und mehr noch international das Konfliktpotential steigern. Doch der Rückblick auf die Menschheitsgeschichte zeigt, dass zwar mit Beginn der Zivilisation und der Entstehung von Hochkulturen eine kleine Herrschaftsklasse die Bevölkerung mehr oder weniger ausbeutete, aber die fein abgestufte Verteilungshierarchie, wie sie der Kapitalismus hervorbrachte, findet sich in den vorindustriellen Gesellschaften noch nicht. »Mehr als 90 Prozent unserer Menschheitsgeschichte lebten wir fast ausnahmslos in sehr egalitären Verhältnissen« (Wilkinson/Pickett 2009, 234). Es gibt also keine anthropologische bzw. naturgesetzliche Grundlage der Verteilungsungleichheit, schon gar nicht für eine solche wie gegenwärtig. Was als fair, legitim und gerecht gilt, hängt weitgehend von den Sozialisationsverhältnissen ab (Zinn 2010c; 1970). »Wer in einer Gesellschaft mit großer Ungleichheit aufwächst und lebt, hat auch ein dementspre-

chendes Menschenbild« (Wilkinson/Pickett 2009, 264). Die wenigen Staaten, die in ihrer Verfassung die Mehrung des »Glücks« der Gesellschaft als oberste Zielsetzung ausweisen und damit Wirtschaftswachstum in gewissem Sinn diskriminieren (Hörner 2010), mögen von außen noch als vermeintlich »weltfremde« Exoten wahrgenommen werden, aber sie beweisen doch, dass die gesellschaftliche Welt, wie der Mensch sie sich wünscht, vorstellt, und zu gestalten sucht, keiner anthropologisch betonierten Ewigkeit entspricht.

Wirtschaftswachstum wurde lange Zeit nur als technisch-ökonomisches Phänomen betrachtet und galt als wesentliche Komponente dessen, was seit dem 19. Jahrhundert als historischer Fortschritt empfunden wurde. Über die Kosten oder gar die Opportunitätskosten des Wachstums machten sich nur sehr Wenige Gedanken; aber immerhin gehörte zu ihnen auch ein so herausragender Denker wie John Stuart Mill. Doch im Verlauf des 20. Jahrhunderts stellte sich mehr und mehr die Frage, ob Wirtschaftswachstum nicht nur an Grenzen stoßen wird, sondern ob die nicht mehr übersehenen negativen Begleiterscheinungen des Wachstums den Sinn weiteren Wachstums infrage stellt und die dürftiger werdenden Vorteile, die die lebende Generation – jedenfalls in den reichen Ländern – aus dem Wachstum zieht, nicht mit der Gefährdung der existenziellen Lebensbedingungen der künftigen Menschheit erkaufte werden. Spätestens durch diese Problemlage entwindet sich das Phänomen Wachstum dem von den Ökonomen beanspruchten Kompetenzmonopol und wird zu einem sozialetischen Reflexionsgegenstand. Wachstum wirft nicht mehr nur technisch-ökonomische Fragen auf, sondern ist zu einem ethischen Problem geworden. Da Stagnation, gar Schrumpfung des BIP, wie gesagt, den Gegenpol zum Wachstum bildet, wirft auch Stagnation sowohl ökonomisch-technische als auch sozialetische Fragen auf.

### **Was ökonomisch möglich ist, muss jedoch politisch realisiert werden ...**

... und daran wird die vernünftige Umstrukturierung der hoch entwickelten, reichen Volkswirtschaften scheitern. Stagnation wird weiterhin als Übel, Wachstum als ersehntes Heil gelten, und die Profiteure der Verhältnisse werden die Unzufriedenheit, den Zorn und die Aggression, die in der Gesellschaft mit der anhaltenden Krise und deren vielfältigen Folgeproblemen zunehmen, wie schon so häufig im Verlauf der Geschichte auf stigmatisierte Minderheiten umlenken. Das altbekannte Sündenbock-Syndrom zeigt sich im »alten Europa« jüngst wieder im Rassismus – von Sarkozy über Wilders bis Sarrazin. Rassisten und völkische Extremisten gab es immer. Dass sie *jetzt* massenhaft Zulauf gewinnen, ist kein Zufall, sondern auch eine Facette der großen Krise. Wie gesagt, die bessere, weil vernünftige Möglichkeit, die Krise durch eine fundamentale Reform der sozialökonomischen Verhältnisse produktiv zu überwinden, hat nur geringe Chancen.

Die kurzfristigen Aussichten für die Weltwirtschaft, insbesondere aber für die alten kapitalistischen Länder einerseits und die armen Volkswirtschaften andererseits, werden opportunistisch geschönt, um die Politik des Weiter-so zu legitimieren. Doch wie sieht es auf mittlere bis lange Sicht aus? Die Antwort wird sich wohl kaum bei jenen Ökonomen und sonstigen Sozialwissenschaftlern finden, die mit ihrer blindwütigen Marktapologie auf der ganzen Linie gescheitert sind. Es empfiehlt sich, die Meinung heterodoxer Köpfe zur Kenntnis zu nehmen. Sie lagen völlig richtig mit

ihrer Kritik am Neokonservatismus und der Prognose, dass die Entwicklung in eine große Krise münden werde.

Es versteht sich, dass hier kein vollständiger Überblick zu den Positionen der Mainstream-Gegner gegeben werden kann. Vielmehr konzentriere ich mich auf einen Autor, auf Immanuel Wallerstein. Es ist nicht übertrieben ihn als berühmt zu bezeichnen. Er dürfte der einflussreichste Wissenschaftler der »Weltsystemanalyse« sein. Das von ihm 1976 gegründete »Fernand-Braudel-Center« der Bingham University in New York gilt als eine der herausragenden Institutionen jener Forschungsrichtung.

Wallersteins Einschätzung der weiteren Krisenentwicklung hört sich recht dramatisch an, dürfte aber der Wirklichkeit weitgehend entsprechen. Ich zitiere aus einem Vortrag, den Wallerstein am 5. November 2009 an der südafrikanischen Universität KwaZulu-Natal gehalten hat. Der Text wurde inzwischen auch auf deutsch veröffentlicht (Wallerstein 2010).

*Die Depression, in die die Welt geraten ist, wird nun eine ganze Zeit lang andauern und sehr tief gehen. Sie wird die letzte kleine Stütze der relativen wirtschaftlichen Stabilität zerstören, die Rolle des US-Dollars als Reservewährung für die Reichtumssicherung. Wenn dies geschieht, wird es die Hauptsorge der Regierungen auf der Welt sein – von den USA bis China, von Frankreich bis Russland, Brasilien und Südafrika, ganz abgesehen von allen den schwächeren Regierungen auf der Welt –, Aufstände von Arbeitslosen und den Mittelschichten, deren Ersparnisse und Pensionen sich verflüchtigen, zu verhindern. Als erste Verteidigungslinie flüchten sich die Regierungen in Protektionismus und Gelddrucken, um den Volkszorn unter Kontrolle zu halten. ... Wir bewegen uns auf einen Kollaps des Systems zu, aus dem wieder herauszukommen für die Welt sehr schwierig werden wird (ebenda, 7f.).*

Aus Wallersteins Sicht sind drei Hauptfaktoren maßgebend für die weitere Entwicklung des westlichen Kapitalismus:

1. Das historisch herausragende Ausmaß der Krise.
2. Der langfristige Anstieg der *volkswirtschaftlichen* Produktionskosten, also der tatsächlichen Gesamtkosten, die nicht nur die privat- bzw. einzelwirtschaftlichen Kosten umfassen, sondern auch die so genannten externalisierten Kosten (toxische Abfälle, Erneuerung von Rohstoffen, Entwicklung von Infrastruktur). Die Externalisierung stößt jedoch zunehmend an Grenzen, so dass die einzelwirtschaftlichen Kosten steigen, und das belastet die Profite.
3. Der Aufstieg Chinas beeinträchtigt die wirtschaftlichen Expansionsmöglichkeiten des Westens, und damit auch das westliche Profitpotential.

Diese Faktoren machen – so Wallerstein – eine Regeneration des westlichen Kapitalismus unmöglich:

*Von jetzt an befinden wir uns unmittelbar an der Weggabelung des systemischen Prozesses. Es geht jetzt nicht mehr um die Frage, wie sich das kapitalistische System wieder aufrappeln und neue Schubkraft gewinnen wird. Die Frage ist, was an die Stelle dieses Systems treten wird. Welche Ordnung wird aus dieser chaotischen Situation herausführen?*

*Darüber ist sich natürlich bis jetzt nicht jeder im Klaren. Die meisten Leute machen weiter, als ob das System schon irgendwie weiter funktionieren würde, nach*

*den alten Spielregeln. Sie liegen gar nicht so falsch. Das System funktioniert weiter, nach den alten Spielregeln. Aber jetzt ist es so, dass die alten Spielregeln die strukturelle Krise nur noch weiter vertiefen* (Wallerstein 2010, 12).

Wallersteins Metapher der Weggabelung verweist auf Alternativen. Grob umreißt Wallerstein zwei Möglichkeiten:

1. Der Versuch des »Weiter so«, was auch die Gefahr des Übergleitens in einen faschistoiden oder faschistischen Kapitalismus birgt.
2. Ein neues System, das »relativ demokratisch und relativ egalitär ist«.

Die Implikationen der optimistischen Alternative Wallersteins (Wallerstein 2010, 12ff.) korrespondieren mit der Keynes'schen Vorstellung einer guten Gesellschaft – Vollbeschäftigung und Wohlstand ohne Wachstum. Die Verteilungsfrage bildet ein Kernproblem der kommenden Auseinandersetzungen. Für die reichen Länder liefert die bereits erwähnte junge Forschungsrichtung der Glücksökonomie probate Anleitungen, wie ohne Wachstum, aber mit einer vernünftigen Einkommensverteilung i. S. größerer Egalität ein höherer Wohlstand erreicht wird.

Unsere »gefühlte« Wahrscheinlichkeit spricht aber mehr dafür, dass eine grundlegende Reform ausbleiben wird. Diese Intuition könnte sich aber auch als trügerisch erweisen, was zu hoffen ist. Denn unsere Intuition – auf andere Weise lässt sich eine längerfristige Zukunftseinschätzung nicht geben – hängt von unseren Erfahrungen, einschließlich der dem Bewusstsein entzogenen, vorbewussten<sup>1</sup>, ab. Es fehlt aber die Erfahrung mit einer Krise des gegenwärtigen Ausmaßes oder anders gesagt: Diese Systemkrise ist ein Novum, das auch den Lauf der weiteren Entwicklung anders einzuschätzen nahe legt, als dies bei den kleineren Krisen der vergangenen Jahrzehnte der Fall war. Jedoch sind die Spekulanten und sonstigen Krisenmacher schon längst wieder an die Spieltische zurück gekehrt, und ihre politischen Freunde bauen auf das »Doch-besser-weiter-so«. Ein Blick auf die vergangenen drei Jahrzehnte, Zeitraum einer ganzen Generation mag in Erinnerung bringen, wie es zu der »neo-kapitalistischen« Demontage nicht nur des Sozialstaates, sondern auch von demokratischen Prinzipien kam.

Die große Krise hat die Situation keineswegs verändert, schon gar nicht prinzipiell. Vielmehr besteht ideologisch, personell und politisch weitgehend Kontinuität. Die Tatsache, dass im Unterschied zur Großen Depression der 1930er Jahre in der gegenwärtigen Krise die Staaten und ihre Zentralbanken durch schier astronomische Finanzhilfen für die Hauptverantwortlichen der Misere den weltwirtschaftlichen Absturz zu bremsen versuchen, statt den Marktmechanismen freien Lauf zu lassen, zeugt sowohl von der fundamentalen Lügenhaftigkeit der neoliberalistischen Wirtschaftslehre als auch von der inzwischen erreichten weitgehenden Unterwerfung der Politik unter die Interessen der Finanzoligarchie. Dummheit regiert und Raffinesse profitiert. Doch wie konnte es nach dem Aufstieg des sozialstaatlichen Kapitalismus in der Zeit zwischen Ende des Zweiten Weltkrieges und Mitte der 1970er Jahre zu dem sozialökonomischen Niedergang und der Verlotterung der Demokratien der westkapitalistischen Staaten kommen? Die ideologische Neuausrichtung fiel nicht vom Himmel, sondern hatte, wie schon erwähnt, ganz irdische Ursachen, genauer gesagt: Ursachen, die in den wirtschaftlichen Veränderungen liegen, die die hoch entwickelten, reichen nordatlantischen Volkswirtschaften seit den 1960er Jahren erfuhren. Das vorhergehende hohe, Vollbeschäftigung sichernde Wachstum lief aus,

und damit ging der bis dahin ökonomische und politische Befriedung gewährende Problemlöser verloren; nicht vorübergehend, sondern auf Dauer. Daraus erwuchsen die beklagenswerten Veränderungen der folgenden Jahrzehnte. Was von weitsichtigen Denkern vorhergesehen worden war – Keynes und Fourastié sind hier mit Vorrang zu nennen – trat ein, nämlich der Übergang zur Stagnation.

### **Eine Generation ohne Vollbeschäftigung – Massenarbeitslosigkeit als Normalzustand**

Gegen die wirtschaftspolitische Wende vor rund dreißig Jahren hatte der damalige Mainstream-Keynesianismus – auch Nachkriegskeynesianismus genannt – keine attraktive Gegenmedizin. Er erwies sich als weitgehend wehrlos gegen den neo-konservativen Angriff. Die Nachkriegskeynesianer kannten das Werk ihres theoretischen Oberhauptes leider nur zur Hälfte. Gerade die für die damalige Situation erklärungs-tüchtigsten Teile seiner Theorie, nämlich das Stagnationstheorem, waren unbekannt geblieben (Zinn 2008, 13-32 *passim*). Keynes hatte auf der Grundlage seiner nachfragetheoretischen Wachstums- und Beschäftigungsanalyse in einer knappen Zusammenfassung 1943 (Keynes 1980/1943; vgl. auch 1972/1930) für die Zeit nach Kriegsende eine Prognose der Beschäftigungsentwicklung gegeben. Er sah drei Phasen voraus (vgl. detailliert Reuter 2000, 138ff.). Die erste werde hohes (Nachkriegs-) Wachstum und inflationäre Übernachfrage bringen, die zweite Vollbeschäftigung bei leicht nachlassendem Wachstum, und in der dritten Phase käme es allmählich zur Stagnation. Dann ließe sich Vollbeschäftigung nicht mehr ohne weitreichende staatliche Interventionen und Arbeitszeitverkürzung gewährleisten. Hauptgrund für die Wachstumsabschwächung sah Keynes – entsprechend seiner nachfragetheoretischen Sicht – in der relativen Sättigung der Investitionen bzw. der sie induzierenden Konsumnachfrage. Im Grunde findet sich diese nachfrageseitige Wachstumskepsis bereits zur Mitte des 19. Jahrhunderts bei Gossen (Gossen 1889/1854). Das Gossensche »Sättigungsgesetz« (Gesetz des sinkenden Grenznutzens) wurde sowohl durch die Marktsättigung in reichen Volkswirtschaften als auch durch die bereits erwähnte ökonomische Glücksforschung bestätigt.

Das Keynesche Stagnationstheorem erklärt den relativen Wachstumsrückgang bzw. den Stillstand endogen; das Wachstumsende ist sozusagen die Konsequenz des vorhergehenden Wachstumserfolgs. Spätestens seit den verschiedenen Studien zu den externen Wachstumsgrenzen (u. a. Meadows/Randers 1972) gewann die Wachstumsskepsis starke Zusatzargumente. Das Stagnationstheorem – übrigens unabhängig von Keynes und mit gleicher Argumentation auch von Jean Fourastié (1906 – 1990) vertreten (Fourastié 1954/1949) – liefert aber nicht nur die beste verfügbare Erklärung<sup>2</sup> für das inzwischen seit etwa drei Jahrzehnten anhaltende Unterbeschäftigungswachstum, sondern sollte eigentlich auch Politik und Wählerschaft davon überzeugen, dass der Wachstumsglaube eben nur auf Glauben beruht und keine Überzeugungskraft mehr besitzt. Den Glauben aufzugeben hieße, sich auch von der herrschenden Ideologie verabschieden zu müssen. Das hätte für die »herrschende Lehre« und ihre Verfechter fatale Folgen. Denn: »Zur Überzeugung kann man zurückkehren, aber nicht zum Glauben« (Goethe 1938/1831, 133).

Bekanntlich spiegeln die offiziellen Arbeitslosenquoten keineswegs die tatsächliche Unterbeschäftigung, also die »breite Arbeitslosigkeit«, wider. Beispielsweise

**Tabelle 2: Arbeitsvolumen (jährliche Arbeitsstunden in Mio.) in Deutschland**

	1991	1995	2000	2003	2004
<i>insgesamt</i>	51.785	49.153	48.662	46.940	47.051
Männer	31.941	29.949	29.351	27.824	27.736
Frauen	19.845	19.215	19.309	19.118	19.313
<i>nur Vollzeit</i>	48.048	44.616	42.689	40.313	39.790
Männer	31.421	29.219	28.167	26.400	26.081
Frauen	16.645	15.398	14.521	13.912	13.709
<i>nur Teilzeit *)</i>	3.459	4.196	5.554	6.118	6.553
Männer	396	568	987	1.192	1.340
Frauen	3.064	3.628	4.567	4.927	5.213
<i>Teilzeitquoten (Personen%)</i>					
<i>gesamt</i>	15.7	20.3	27.2	30.1	31.6
Männer	4.0	6.0	11.0	13.9	15.4
Frauen	30.7	37.2	45.7	47.2	48.6

\*) Teilzeit umfasst sowohl die regulär oder normal Teilzeitbeschäftigten als auch geringfügige Beschäftigung mit wenigen Arbeitsstunden und niedrigem Einkommen.

Quelle: Susanne Wagner, Erwerbslosigkeit, Arbeitszeit und Arbeitsvolumen nach Geschlecht und Altersgruppen (= IAB Forschungsbericht 2/2006), Nürnberg, 42ff. (Tabellen 1ff.)

fallen aus der deutschen Arbeitslosenstatistik alle Erwerbspersonen heraus, die gerade an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der Umschulung bzw. Weiterbildung teilnehmen (520.000 im Jahr 2010). Auch Hartz-IV-Bezieher über 58 Jahre werden nicht mehr als arbeitslos erfasst, weil ihnen – realistischer Weise – keine Chance auf Wiederbeschäftigung gegeben wird, was durchaus doppelsinnig zu verstehen ist. Selbstverständlich werden die »stille Reserve« und die aus arbeitsmarktpolitischen Gründen in den (vorzeitigen) Ruhestand Gedrängten ebenso wenig den Arbeitslosenzahlen zugerechnet wie die auf Niedriglohnjobs und prekäre Arbeitsverhältnisse Verwiesenen. Eine einigermaßen zuverlässige Auskunft über die tatsächliche Beschäftigungsentwicklung liefert daher nur das Arbeitsvolumen, also die Summe der jährlich in einer Volkswirtschaft geleisteten Arbeitsstunden. Die Daten in Tabelle 2 zeigen den dramatischen Rückgang des Arbeitsvolumens in Deutschland seit und trotz der Neuvereinigung des Landes – zwischen 1991 und 2006, also noch vor Beginn der großen Krise, von 51.785 Mio. Jahresarbeitsstunden auf 47.051 Mio., also um 9,1%. Diese Entwicklung war begleitetet von einer erheblichen Verschlechterung der durchschnittlichen Arbeitssituation, wie u. a. an der extremen Zunahme der Teilzeitbeschäftigung bei gleichzeitiger Abnahme von Vollerwerbsstellen abzulesen ist.

Doch zum Arbeitsvolumen finden sich in den für die Information der Öffentlichkeit wichtigen Medien faktisch keine Angaben, und auch die Fachpublikationen zu Arbeitsmarkt und Beschäftigung zeigen sich bei der Kommentierung des (abnehmenden) Arbeitsvolumens erstaunlich zurückhaltend. Trotz der berechtigten Zweifel an der Aussagefähigkeit der offiziellen und nach politischer Opportunität

modifizierten Arbeitslosendaten können doch auch diese mehr oder weniger geschönten Angaben nicht verbergen, dass sich die Massenarbeitslosigkeit über drei Jahrzehnte hinweg quasi eingebürgert hat. Das Beschäftigungsrezept »mehr Wachstum« wurde zwar verschrieben, aber es gab keinen Pharmazeuten, der es einlöste. Insofern herrschten seit den 1980er Jahren in den meisten reichen kapitalistischen Ländern Stagnation im oben bestimmten Sinn – und mangels problemgerechter Beschäftigungspolitik auch Massenarbeitslosigkeit

Wenn es in den Jahrzehnten vor Eintritt in die große Krise nicht gelang, Vollbeschäftigungswachstum zu regenerieren, wie sollte das jetzt möglich sein? Der krisenbedingte Wachstumseinbruch weist wie jeder, auch jeder mildere, rein konjunkturelle Abschwung eine Übertreibung – das so genannte »overshooting« – auf. Das wird dann im nachfolgenden Aufschwung korrigiert, und es kann dann unter Umständen auch eine Übertreibung in die Gegenrichtung erfolgen – mit dem Aufbau von Überkapazitäten und anderen Fehlinvestitionen. Im Unterschied zu den endogenen Aufschwungskräften eines normalen Konjunkturzyklus fehlen in einer großen Krise wie der gegenwärtigen – und der nach 1929 – vergleichbare Momente der »Selbsteilung«. Das ist ja auch der Grund, warum die »Rückkehr des Staates« als Retter in der kapitalistischen Katastrophe willkommen war und sich die internationale Finanzoligarchie mit länderspezifisch unterschiedlichem Erfolg als Schattenregierung zu etablieren versucht. Die Langzeitfolgen der immensen Staatsverschuldung, die – insbesondere in den USA – mit einer Geldvermehrung durch die Zentralbanken einhergeht, werden zwar nicht gerade bagatellisiert, aber zugunsten kurzfristiger Rettungsmaßnahmen in Kauf genommen. Die bloße Rückkehr zum Status vor der Krise würde als enormer Erfolg gelten, aber damit ist nicht zu rechnen. Denn was als »Aufschwung« wahrgenommen wird, verdankt sich jetzt den staatlichen Ausgabeprogrammen sowie der staatlich initiierten Geldvermehrung. Geldvermehrung war jedoch gerade eine wesentliche Ursache für die Krisenentstehung.

Wie schon bemerkt würde aber selbst mit einer vollständigen Wiederherstellung des Status vor Beginn der großen Krise nur die langfristige Stagnationskonstellation reproduziert. Die Massenarbeitslosigkeit bleibt. Es ist ohnehin unklar, ob auch nur dieser Zustand ex ante zurück geholt werden kann. Denn die Krise hat offen gelegt, dass das während der Stagnation ja durchaus noch vorhandene, wenn auch zur Vollbeschäftigung längst nicht hinreichende Wachstum zu einem erheblichen Teil lediglich durch »Pseudoproduktionen« (vgl. Zinn 2009a, 126ff.) erzeugt wurde. Damit ist gemeint, dass u. a. durch zentralbankpolitisch unkontrollierte Geld- bzw. Kreditschöpfung der Spekulationsbanken zwar statistisch wachstumswirksame Produktionen in Gang gesetzt wurden, die sich aber als unrentabel, also als Fehlinvestitionen größten Ausmaßes herausstellten. Die US-amerikanische Immobilienkrise ist der bekannteste Fall, aber nur einer unter vielen.

## Resümee

Drei Jahrzehnte Massenarbeitslosigkeit in den westkapitalistischen Ländern beweisen, dass der in den ersten Jahrzehnten nach Ende des Zweiten Weltkriegs gewachsene Glaube an endloses Wachstum eine kurzfristige Illusion war. Sie verdankte sich sowohl der angenehmen Emotion, für alle Zeiten quasi ausgesorgt zu haben, von der gesellschaftlichen Schande hoher Arbeitslosigkeit in reichem Land gesäubert zu

sein, als auch wirtschaftswissenschaftlichen Defiziten bei der Analyse langfristiger Entwicklungen des kapitalistischen Systems. Inzwischen gilt Massenarbeitslosigkeit als Normalerscheinung, und seit den 1970er Jahren wuchs eine Generation heran, deren Lebenserfahrung vom Kleinkindalter mit den alten, erneut virulent gewordenen Übeln kapitalistischer Verhältnisse getränkt wurde. Deutschland beispielsweise erlebte seit Beginn der amtlichen Arbeitslosenstatistik am Ende des 19. Jahrhunderts keine einzige Phase mit so hoher, dauerhafter Massenarbeitslosigkeit wie seit Anfang der 1980er Jahre. Allein diese Tatsache, die der Öffentlichkeit verständlicher Weise nicht eindrücklich bekannt gemacht wurde, zeugt von der Unwiederholbarkeit hohen, dauerhaft Vollbeschäftigung schaffenden Wachstums. Fast alle sozialökonomischen Probleme größerer Dimension, insbesondere die Demontage der sozialen Sicherungssysteme, die Unterfinanzierung der Bildungsbereiche und die Auszehrung wichtiger Teile der Infrastruktur, sind Folgen sowohl der aus dem Wachstumsrückgang und der Massenarbeitslosigkeit resultierenden Finanzierungsschwäche der öffentlichen und parafiskalischen Haushalte als auch der wachstums- und beschäftigungspolitisch kontraproduktiven Umverteilung von unten nach oben (Zinn 2006). Doch die Übel wurden insofern erfolgreich verschleiert, als es den politischen und ökonomischen Machthabern gelang, Missstände und Fehlentwicklungen der breiten Öffentlichkeit gegenüber als zufallsbedingte »Unfälle« zu verharmlosen sowie individuelle Kompetenzmängel einzelner, natürlicher Personen dafür verantwortlich zu machen. Jedenfalls vermochte die politische Klasse, immer wieder Wählermehrheiten für die – völlig unzutreffend – als »neoliberal« bezeichnete Politik zu gewinnen. Tatsächlich handelt es sich zwar bei den Neo-Liberalen um Neo-Konservative bzw. Neocons, wie sie in den USA genannt werden, also um Anhänger reaktionärer Politik, aber den traditionell guten Klang der Vokabel »liberal« wusste sich das politische Marketing jener Sozialstaats-hasser Sympathie heischend zu nutzen. Wie es in der Bundesrepublik Deutschland auch üblich wurde, den Sozialstaatsabbau als »Neue Soziale Marktwirtschaft« anzudienen. Der reaktionäre Neokonservatismus hat wenig, ja wesentlich nichts gemein mit dem revolutionären Liberalismus des 18. und frühen 19. Jahrhunderts. Dieses Urteil wird nicht nur von europäischen und nordamerikanischen Kritikern der Neokonservativen gefällt, sondern die Empörung über den antihumanen und demokratiefeindlichen Feldzug des reaktionären Konservatismus findet außerhalb der nordatlantischen Hochburg des Kapitalismus eher noch vehementeren Ausdruck<sup>3</sup>. In welche Richtung sich ein anscheinend wachsender Teil der »demokratischen« Gesellschaften zu bewegen anschickt, zeigen die Jubelorgien, die den neuen Rassisten aus dem europäischen Mittelstand bereitet werden. Diese mentale Mobilisierung wird zur humanen Verelendung führen, und umso heftiger dürfte sich der Wunderglaube an Wohlstand durch Wachstum erneut beleben. Lassen doch die meisten Regierungen die Wachstums-Fanfaren tönen. Parteipolitische Unterschiede werden zwar etikettiert. So wollen die Einen »innovatives« Wachstum, die anderen »grünes«, dann sind noch Anhänger vom »nachhaltigen« und auch vom »sozialen« Wachstum zu vernehmen; aber ohne Wachstum, so die einhellige Meinung, ginge es nicht. In diesem Punkt gibt es bei den politischen Entscheidungsträgern und ihren Subalternen keine konfessionellen Differenzen. Der Wachstumsglaube ging mit dem 15. September 2008 nicht unter, sondern geglaubt wird noch inbrünstiger. Es wird vermutlich noch größerer Krisen bedürfen, ehe ihn die Überzeugung ersetzt, dass die Stagnation nicht »droht«, sondern längst zur Realität wurde.

## Literatur

- Allain (das ist Emile Auguste Chartier) (1975/198) Die Pflicht glücklich zu sein, Frankfurt/M.
- Bebenburg, Pitt von/ Thieme, Matthias (2010) Ausgekocht. Hinter den Kulissen hessischer Machtpolitik, Frankfurt/M.
- Bergmann, Barbara (2010) Prosperity without Growth, in: Challenge, vol. 53, no. 5, Sept./Oct. 2010, 49-56.
- Blendon, Robert/ Benson, John (2010) Public Opinion, the Deep Recession, and the 2010 Elections, in: Challenge, vol. 53. no. 5, Sep.-Oct., 14-33.
- Bresser-Pereira, Luiz Carlos (2010) Economics. Assault on the State, in: Challenge, vol. 53, no. 5, Sept./Oct., 57-77.
- Brüggemann, Mathias (2010) Island. Cowboy und idiotische Banker. Ein Sonderermittler, ein Ex-Premier vor dem Tribunal – die Aufarbeitung des Finanzcrashs auf der Insel gleich einem Wirtschaftskrimi, in: Handelsblatt, Nr. 189, 30. 9., 16f.
- Häring, Norbert (2010) Selbstbedienung für Banken. Milliarden Steuergelder flossen in die Rettung der US-Banken. Die mit den besten Kontakten bekamen am meisten, belegen drei Studien, in: Handelsblatt, Nr. 189, 30. 9., 18.
- Bude, Heinz (2008) Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft, München.
- Bülow, Marco (2010) Lobbyisten in Berlin. Trauerspiel in 7 Akten, in: Gazette, Nr. 27, Herbst, 44-50.
- DeLong, Bradford (2010) Unerhört grundlegend. Ökonomen suchen einander mit ausgefallenen Theorie zu übertreffen, um die wirtschaftlichen Schwächen der USA zu erklären. Dabei sollten sie es mal mit ganz einfachen Regeln versuchen, in: Financial Times Deutschland, 4. Oktober, 26.
- Eichhorn, Wolfgang/ Solte, Dirk (2009) Das Kartenhaus Weltfinanzsystem. Rückblick – Analysen – Ausblick, Frankfurt/M.
- Ferguson, Niall (2010) »Der Euro wird zur weichen Währung«. Interview (von Torsten Riecke) mit N.F., in: Handelsblatt, Nr. 90, 11. Mai, 8.
- Foster, John Bellamy/ Magdoff, Fred (2009) The Great Financial Crisis. Causes and Consequences, New York.
- Fourastié, Jean (1954/1949) Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts, I. A., Köln-Deutz: Bund.
- Frey, Bruno S./ Frey-Marti, Claudia (Hg.) (2010) Glück: Die Sicht der Ökonomie, Zürich-Chur 2010.
- Goethe, Johann Wolfgang (1938/1811 – 1831) Dichtung und Wahrheit, Berlin.
- Gossen, Hermann Heinrich (1889/1854) Entwicklung der Gesetze des menschlichen Verkehrs und der daraus fließenden Regeln für menschliches Handeln, neue Ausgabe, Berlin.
- HB/doh, (2008) Bundesbankchef Weber hält Rezessionsängste für überzogen: Kein Zeitpunkt, um über Konjunkturprogramm zu reden – Ministerpräsident Rüttgers legt »Anti-Rezessionsprogramm« vor, in: Handelsblatt, Nr. 156, 13. August, 4.
- Hörtner, Werner (2010) Verfassungsziel. Das Gute Leben, in: Gazette, Nr. 27, Herbst, 51-56.
- Kawachi, Ichiro/ Kennedy, Bruce P./ Wilkinson, Richard G. (Hg.) (1990) The Society and Population Health. Reader income inequality and health, New York.
- Keynes, John Maynard (1972/1930) Economic possibilities for our grandchildren, in: JMK, Collected Writings, vol. London-Basingstoke.
- Keynes, John Maynard (1980/1943) The long-term problem of full employment, in: JMK Collected Writings, vol. 27, 320-235.
- Layard, Richard (2008) Die glückliche Gesellschaft. Kurswechsel für Politik und Wirtschaft, Frankfurt/New York.
- Maisch, Michael (2010) Der irische Buhmann. Die wilden Spekulationen des Ex-Chairman der Anglo Irish Bank drohen das Land zu ruinieren, in: Handelsblatt, Nr. 189, 30. 9., 70.
- Meadows, Donella H./ Meadows, Dennis/ Randers, Jørgen/ Behrens III, William W. (1972) The Limits to Growth. A Report for the Club of Rome's Project on the Predicament of Mankind, New York.
- Oakley, Barbara (2008) Biologie des Bösen. Tyrannen in der Weltgeschichte und des Alltags, Heidelberg.

- Ötsch, Walter Otto/ Thomasberger, Claus (Hg.) (2009) Der neoliberale Markt-Diskurs. Ursprünge, Geschichte, Wirkungen, Marburg.
- Reich, Robert (2010) Nachbeben. Amerika am Wendepunkt, Frankfurt/M.
- Reuter, Norbert (2000) Ökonomik der »Langen Frist«. Zur Evolution der Wachstumsgrundlagen in Industriegesellschaften, Marburg.
- Reuter, Norbert (2010) Der Arbeitsmarkt im Spannungsfeld von Wachstum, Ökologie und Verteilung, in: Seidl/Zahrnt, 84-102.
- Roth, Jürgen (2010) Wie uns die organisierte Kriminalität aufkauft, Frankfurt/M.
- Schaaff, Herbert (2010) Historische Lehren für eine ökologische Glücksökonomie, in: Bellebaum, Alfred/ Hettlage, Robert (Hg.): Glück hat viele Gesichter, Wiesbaden, 245-274.
- Seidl, Irmi/ Zahrnt, Angelika (Hg) (2010) Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft, Marburg.
- Selten, Reinhard (2010) Interview (von Anja Müller) mit Richard Selten. »Ökonomen wissen viel weniger, als man denkt, und auch weniger als sie selbst denken«, in: Handelsblatt, Nr. 191, 4. Oktober, 16.
- Solte, Dirk (2007) Weltfinanzsystem am Limit. Einblicke in den »Heiligen Gral« der Globalisierung, Berlin.
- Strauss-Kahn, Dominique (2010) Interview mit S-K (von Markus Ziener), in: Handelsblatt, Nr. 190. 1./2. Okt., 14f.
- Veblen, Thorstein Bunde (1981/1899) Theorie der feinen Leute, München.
- Wagner, Susanne (2006) Erwerbstätigkeit, Arbeitszeit und Arbeitsvolumen nach Geschlecht und Altersgruppen (= Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung Forschungsbericht 2/2006), Nürnberg.
- Wallerstein, Immanuel (2010) Die Krise des kapitalistischen Weltsystems – und was jetzt?, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus, 4/2010, Hamburg, 1-16.
- Wieczorek, Thomas (2010) Die geplünderte Republik. Wie uns Banken, Spekulanten und Politiker in den Ruin treiben, München.
- Wilkinson, Richard/ Pickett, Kate (2009) Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind, Berlin.
- Zacharakis, Zacharias (2010) Stadt, Land, Schluss. Viele Städte in den USA stehen vor der Pleite ..., in: Financial Times Deutschland, 5. Oktober 2010, 23.
- Zinn, Karl Georg (1970) Basistheorie des ökonomischen Wohlstandes in der Demokratie. Die Interdependenz von Gleichheit, Zeit und Nutzen und die verteilungspolitische Konsequenz, Wiesbaden.
- Zinn, Karl Georg (2006) Wie Reichtum Armut schafft. Verschwendung, Arbeitslosigkeit und Mangel, 4. A., Köln.
- Zinn, Karl Georg (2008) Die Keynesische Alternative. Beiträge zur Keynesischen Stagnationstheorie, zur Geschichtsvergessenheit der Ökonomik und zur Frage einer linken Wirtschaftsethik, Hamburg.
- Zinn, Karl Georg (2009a) Krisenerklärung: Drei verlorene Jahrzehnte. Das Verhängnis ideologisch verfestigter Fehldiagnosen, in: Krisen-Analyse, Hamburg, 119-145.
- Zinn, Karl Georg (2009b) Wirtschaft ohne Wachstum? Die Doppelkrise und das ökologische Problem, in: Hermanns Pfeiffer (Hg.) Land in Sicht? Die Krise, die Aussichten und die Linke, Köln, 44-56.
- Zinn, Karl Georg (2009c) Mit mehr Wachstum aus der Krise? Alternativen für eine nachhaltige Wohlstandsentwicklung, in: Sauer, Thomas/ Ötsch, Silke/ Wahl, Peter (Hg.) 2009) Das Casino schließen! Analysen und Alternativen zum Finanzmarktkapitalismus (= Reader des Wissenschaftlichen Beirats von attac), Hamburg, 192-203.
- Zinn, Karl Georg (2010a) Die »Neocons« sind doch keine Liberalen!, in: Sozialismus, Jg. 37, Nr. 344, 26-30.
- Zinn, Karl Georg (2010b) Wissenschaft im Niemandsland. Die Ökonomen verstehen die Ökonomie nicht mehr, in: Die Gazette. Das politische Kulturmagazin, München, Nr. 26, 35-40.
- Zinn, Karl Georg (2010c) Auf der Grundlage der Natur und über die Natur hinaus?, in: Roth, Gerhard/ Grün, Klaus-Jürgen/ Friedman, Michel (Hg.) (2010): Kopf oder Bauch? Zur Biologie der Entscheidung, Göttingen, 113-137.

## Anmerkungen

- 1 Als »vorbewusst« werden Erfahrungen des Individuums bezeichnet, die zwar im Gehirn abgespeichert, also durchaus noch registriert sind, aber dem Bewusstsein nicht mehr zugänglich sind.
- 2 Überzeugend, weil es keine andere Prognose vergleichbarer Reichweite und Treffsicherheit gab/gibt, womit auch die der Prognose zugrunde liegende Theorie gegenüber »Konkurrenten« hervorsteicht.
- 3 Der brasilianische Sozialwissenschaftler Luiz Carlos Bresser-Pereira charakterisiert den Neoliberalismus als die ideologische Waffe der Wohlhabenden des späten 20. Jahrhunderts, die sie gegen die Armen, die Arbeiter und den demokratischen Sozialstaat einsetzen. »Neoliberalism is the ideology of the wealthy used since the late twentieth century against the poor or workers and against a social democratic state.« (Bresser-Pereira 2010, 61).

# ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR



**Einzelheft** 4,50 Euro  
**Jahresabo** (11 Hefte) 44,- Euro  
**Schnupperabo** (3 Hefte) 8,- Euro  
**StudentInnenabo** 36,- Euro

Zu bestellen bei: [office@editionrot.at](mailto:office@editionrot.at)  
[www.diezukunft.at](http://www.diezukunft.at)